Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Stettin, Kirchplatz Nr. 3. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 29. März 1884. **Nr. 151.**

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung vom 28. März.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, von Caprivi, Dr. v. Schelling u. A.

Bei der dritten Berathung der Marine-Vorlage (Nachtrags-Etat) bittet Abg. Dr. Dohrn um Auskunft darüber, ob die Reichsregierung beabsichtige, eine Kohlenstation an der westafrikanischen Küste für die deutsche Marine zu errichten.

Der Chef der Marineverwaltung v. Caprivi erklärt, daß Unterhandlungen durch einen dorthin gesandten Kommissar eingeleitet seien. Weitere Kenntniß habe er davon nicht.

Der Etat und das Gesetz werden hierauf genehmigt, ebenso der Gesetzentwurf, betreffend die Prisengerichtebarkeit und die Literarkonvention mit Belgien in dritter Lesung, womit die Tagesordnung erschöpft ist.

— Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung morgen (Sonnabend) 11 Uhr zu halten und auf die Tagesordnung die erste Lesung des Militärpensionsgesetzes und des Reliktengesetzes zu stellen.

Abg. Dr. Baumbach (deutsch-freis.) beantragt Vertagung dieser Berathung bis nach Ostern, weil das Haus nur noch sehr spärlich besetzt sei.

Der Präsident erwidert, daß er die Pflicht habe, die Arbeiten des Reichstages zu fördern, so weit es möglich sei. An Material für Sitzungen in der nächsten Woche fehle es nicht, und er würde glauben, seine Pflicht zu verletzen, wenn er gegenwärtig schon die Ferien eintreten lassen würde.

Bei der Abstimmung lehnt das Haus den Vorschlag des Präsidenten ab und der Präsident beraumt nunmehr die nächste Sitzung auf Dienstag den 22. April 1 Uhr an. (Hülfskassengesetz 2c.)

Schluß gegen 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 28. März. Die Worte, welche der Kaiser Wilhelm beim Empfange des Reichstagspräsidiums wegen des Sozialistengesetzes sprach, waren deutlich, und Herr Windthorst wird wohl gemerkt haben, daß es auf die Dauer mit loyalen Phrasen nicht geht; daß er jetzt genöthigt ist, mit seinen Getreuen für die Verlängerung des Gesetzes einzutreten, wenn er seine Loyalitätsversicherungen nicht als Das enthüllen will, was sie sind. So hat die Verweisung des Gesetzes in eine Kommission ihr Gutes gehabt. Es ist jetzt mehr Aussicht auf Annahme desselben vorhanden als je. Auch bleiben einige ehemalige Sezessionisten, von denen man noch nicht recht weiß, ob sie bei der Partei der Freisinnigen bleiben wollen oder nicht, dabei, daß die Abstimmung gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes kein bindender Programmpunkt der neuen freisinnigen Partei sei. Die Worte des Kaisers sind wohl der Anlaß gewesen, daß man die Freiheit der Abstimmung im Sozialistengesetz jetzt immer stärker betont. Wenn Eugen Richter die Abstimmung gegen das Sozialistengesetz zur Parteifrage machte, dann wäre es mit der neuen Partei aller Voraussicht nach schon ohne Weiteres vorbei. Im Punkt 2 der Einigungspunkte der beiden früheren Parteien heißt es: „Preß-, Versammlungs-, Vereinsfreiheit; Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen der Person und der Partei." Damit hat Herr Richter eigentlich schon den Schein gegen die früheren Sezessionisten in Händen; denn was soll unter diesem Punkt verstanden werden, wenn nicht die Gegnerschaft gegen alle politischen Ausnahmegesetze, also auch das Sozialistengesetz? Man kann doch nicht annehmen, daß man, um ein Parteiprogramm aufzustellen, einfach die ganze Verfassung wieder abschreibt und noch einmal zu geben verspricht! Die Sezessionisten sehen also schon, wie man in den Fortschrittsnetzen gefangen wird; doch wollen wir uns ehrlich freuen, wenn sie beim Sozialistengesetz anders stimmen als die Fortschrittler. Wenn ein klarerer Bach in einen trüberen Fluß mündet, behält er ja eine Weile noch seine eigene Farbe und es dauert einiges, bis er in dem großen Gewässer völlig aufgegangen. So wirds auch hier gehen, und es ist nur klug von Herrn Richter, der im Anfange noch trotz des Scheines, welchen er in Händen hat, ein Auge zudrückt. Wir unsererseits freuen uns, daß das Gesetz wenigstens zu Stande kommt.

— Den Bundesrathsbevollmächtigten ist heute der Bericht der Zuckerenquete-Kommission zugegangen; derselbe besteht aus zwei Drucksachen, dem Bericht selbst und den Anlagen, zusammen 176 Seiten umfassend. Der Bericht selbst enthält auf seiner letzten Seite die Vorschläge der Kommission, die wie folgt lauten:

Ad 1) Nach dem gegenwärtigen Stande der Leistungsfähigkeit der Rüben- und der Zuckerproduktion sind 10.75 Doppelzentner roher Rüben als durchschnittlich erforderlich zur Herstellung eines Doppelzentners Rohzucker von 93.75 pCt. Polarisation anzusehen. Ad 2) Die gegenwärtige Rübensteuer ist von 1,60 M. auf 1,70 M. für den Doppelzentner roher Rüben zu erhöhen. Ad 3) Die Ausfuhrvergütung für den Doppelzentner Zucker ist wie folgt festzusetzen: a. für Rohzucker von mindestens 88 pCt. Polarisation auf 17.15 M.; b. für Kandis und für Zucker in weißen, vollen, harten Broden oder in Gegenwart der Zollbehörde zerkleinert 21.15 M.; c. für allen übrigen harten Zucker, sowie für allen weißen, trockenen (nicht über 1 pCt. Wasser enthaltenden) Zucker in Krystall-, Krümel- und Mehlform von mindestens 98 pCt. Polarisation 19.80 M. Ad 4) Die Statistik der Zuckerproduktion und Besteuerung ist nach Maßgabe der speziellen Vorschläge zu verbessern, und es sind die selbstständigen Melasseentzuckerungsanstalten, die Zuckerraffinerien, sowie die Stärkezucker- und Stärkesyrup Fabriken unter Kontrolle zu stellen. Ad 5) Die für Zucker bestehenden Eingangszölle sind nicht herabzusetzen. Ad 6) Die Saftkochereien und Krautfabriken sind nicht unter Kontrolle zu stellen. Ad 7) Den Rohzuckerfabrikanten und Raffineuren ist die steuerfreie Lagerung von Zucker mit der Maßgabe zu gestatten, daß die Zucker beim Verbringen auf das Lager die gesetzliche Bonifikation erhalten, und daß dieselben bei der Entnahme aus dem Lager und der Ueberführung in den freien Verkehr des Zollgebietes zum Bonifikationssatz wieder zu versteuern sind; die Kreditfrist der Rohzuckerfabrikanten mit sechs Monaten ist beizubehalten, dagegen den Raffineuren bei Entnahme von Rohzucker aus dem Lager zu Raffineriezwecken eine Kreditfrist von drei Monaten zu bewilligen, vorbehaltlich erforderlich scheinender besonderer Maßnahmen, zur Sicherung des fiskalischen Interesses in der Uebergangsperiode.

— Die Pariser Blätter veröffentlichen folgende Zuschrift:

Herr Redakteur! Ich habe eben mit einigen Freunden, Ingenieuren, Chemikern und Groß-Industriellen, eine Studienreise nach Deutschland gemacht und bitte Sie um die Erlaubniß, Ihnen einige der gemachten Beobachtungen mittheilen zu dürfen. Für uns handelte es sich vornehmlich um die Zuckerfrage, welche, wie Sie wissen, mit dem Ackerbau eng verknüpft ist. Wenn wir heute nicht von unseren Nachbarn lernen, so wird die Wahrheit über sie bald zu spät kommen. Deutschland erzeugt heute über 1500 Millionen Zucker und Melasse; es überschwemmt die Weltmärkte und, während jenseits des Rheines die Zuckerproduktion in erschreckendem Verhältniß zunimmt, sinkt die unsrige in demselben Maße. Auf das abgedroschene Argument der deutschen Auswanderung gestützt, bildet man sich ein, das Land sei arm, der Hülfsmittel entblößt, durch den Kampf um das Dasein zum Kriege gedrängt. Dies ist einer der Irrthümer, für welche wir noch büßen könnten, und wer zuerst von einem „Sedan der Industrie" sprach, hat sich eines sehr richtigen Ausdruckes bedient. In Deutschland ist die Landwirthschaft so reich, daß sie ihre Ackerpferde bis 2000 Francs bezahlt, und der Boden steigt jeden Tag im Preise, ein sicheres Kriterium unbestreitbaren Wohlstandes. Bei uns sinken die Grundstücke dagegen stetig im Werthe. Indeß unsere Zuckerfabriken sich entmuthigt und ohnmächtig schließen, indeß die ehrenfestesten Häuser für ihre Handelsehre zittern, welche durch beständige Krisen untergraben wird, erheben sich dort drüben auf allen Seiten neue Etablissements mit einem auserwählten, hochgebildeten Personal, dessen Stärke in einem unausgesetzten Fortschritt ruht. Während wir eine kurzsichtige Gesetzgebung erdulden, kümmert sich die deutsche Regierung um das Interesse ihrer Angehörigen und schützt sie mit allen möglichen Mitteln. In jenem Lande, dessen Geschichte bei uns von Romanschriftstellern geschrieben wird, nimmt der Wohlstand dermaßen zu, daß es endlich Zeit ist, die Legende von seiner Armuth zu zerstören, mit der man die Unwissenden in Schlaf wiegt. Einige Beispiele genügen, um zu zeigen, wie sehr unsere Industrie gefährdet ist. In Berlin traf ich mit einem großen Lyoner Seiden-Fabrikanten zusammen. Er hatte die Abnahme der Bestellungen in Deutschland der Sorglosigkeit seiner Reisenden zugeschrieben und war selbst gekommen. Da fand er bei seinen bisherigen Kunden fast so schöne Kleiderstoffe, wie die seinigen, welche sie deutschen Fabrikanten zu niedrigen Preisen abgekauft hatten. Andererseits kann ich versichern, daß es in Roubaix Häuser giebt, die sogenanntes „Roubaix-Tuch" kaufen, welches aus Deutschland stammt. Wir führten früher Möbel aus, jetzt ist uns der deutsche Markt verschlossen. . . . . Was die Zuckerindustrie betrifft, in der ich am besten bewandert bin, so ist sie für Frankreich verloren, wenn nicht die Besteuerung der Runkelrübe, so wie ich sie jüngsthin vor einem parlamentarischen Ausschuß vertheidigte, beschlossen wird. Die Folgen dieser Besteuerung sind unberechenbar. Zweihundert neue Fabriken werden erstehen und die alten ihre Thätigkeit wieder aufnehmen; mit den Abfällen kann ein zahlreicher Viehstand genährt werden, dessen Mist als Dünger unsere Ländereien verbessern und unsere Getreideernten vermehren würde. Brauche ich hier noch auf den Reichthum zurückzukommen, der einer verständigen Viehzucht entspricht? Frankreich könnte also sich nicht nur mit eigenem Fleisch und Kann nähren, die es heute in beträchtlichen Qualitäten vom Auslande bezieht, sondern auch die Preise herabsetzen, die Massen mit besserer Kost versehen und schließlich noch an Ausfuhr denken. Man sagt, wenn der Ackerbau gedeihe, gedeihe Alles. Wenn nun dieser ökonomische Umschwung eingeführt würde, so bliebe den Aeckern die Bevölkerung, die jetzt nach den Städten zieht, um den ungewissen Erwerb zu suchen. Statt zu feiern und Elend durchzumachen, werden die Arbeiter das glückliche Landleben genießen und vor einer Vermehrung ihres Hausstandes nicht zurückschrecken. Auch von diesem Standpunkte wird Frankreich sie segnen. . . .

Genehmigen Sie u. s. w.

Simon Legrand,
Maire von Auchy (Nord Departement)"

— Mit dem Erbfolgeverzicht des Herzogs Paul Friedrich soll, wie der „T. R." aus Mecklenburg geschrieben wird, den gut lutherischen Mecklenburgern — und noch nicht $^2/_5$ Prozent derselben gehören dem katholischen Glauben an — ein Stein vom Herzen gefallen sein. Es ist damit eine Angelegenheit des mecklenburgischen Fürstenhauses erledigt, die eine ziemlich lange Vorgeschichte hat.

Mit alleiniger Ausnahme des Herzogs Christian Louis, der seine Verehrung für den „Roi Soleil" so weit trieb, daß er, immer in Paris lebend, zuletzt auch zu dem Glauben seines Vorbildes übertrat, hat bekanntlich das mecklenburgische Fürstenhaus immer zu den überzeugtesten und eifrigsten Anhängern des protestantischen Bekenntnisses gehört, wie denn hier noch im Jahre 1852 über den katholischen Hausgeistlichen eines konvertirten Rittergutsbesitzers die landespolizeiliche Ausweisung binnen drei Tagen verhängt wurde, da „eine Vermehrung der im Lande geduldeten römisch-katholischen Priester nicht nachgegeben werden könne." Es hat daher seinerzeit keineswegs die Zustimmung der hohen Angehörigen gefunden, als die einzige Schwester des verstorbenen Großherzogs, Herzogin Louise, die Ehe mit dem katholischen Fürsten Windischgrätz einging. — War diese Tante des jetzt regierenden Großherzogs danach dem Schweriner Hofe völlig entfremdet, so fanden doch nach ihrem Ableben ihre Kinder daselbst wieder liebevolle Aufnahme, in Folge dessen denn ihre Tochter Marie, Fürstin Windischgrätz, die, wenn auch unschuldige, Ursache zu neuen Familienkonflikten werden sollte. Als Paul Friedrich, der zweite Sohn des im v. Jahre verstorbenen Großherzogs, seine Kousine Marie zur Ehe begehrte, war dem selbst kränklichen Erbgroßherzoge noch kein Sohn geboren, und um so mehr mußte Friedrich Franz II. daran gelegen sein, dem beabsichtigten Ehebunde einen rein protestantischen Charakter zu bewahren. Verhandlungen mit der römischen Kurie, die sich besonders auf die Religion der zu erwartenden Kinder bezogen, führten trotz längerer Dauer nicht zum gewünschten Resultat, und so wurde denn der Sache durch den Großherzog in der Weise ein Ende gemacht, daß eines schönen Tages die Residenz mit der Bekanntmachung überrascht wurde, die Trauung des herzoglichen Paares, dessen Verlobung überhaupt nur ein öffentliches Geheimniß gewesen war, habe soeben stattgefunden. Der Großherzog hatte die Eheschließung kurzer Hand durch einen protestantischen Geistlichen im Schlosse vollziehen lassen. Das junge Paar siedelte nach Ludwigslust über, und hier ist erst später ganz beiläufig, fast geheim, auch die katholische Trauung erfolgt. Ebenso geschah es auf Anordnung des Großherzogs, daß die nunmehrige Herzogin Paul Friedrich ihre erste Entbindung im Schweriner Schlosse abhielt und hier das Kind, ein Sohn, alsbald protestantisch getauft wurde. Nachher ging das junge Paar dauernd ins Ausland, und sollen da denn auch die ihm später geborenen Kinder katholisch getauft worden sein.

Als nun, vor bald einem Jahre, Friedrich Franz II., viel zu früh für sein Land, zu Grube geleitet wurde, bildete in der Residenz und unter den nach Tausenden zusammengeströmten Leidtragenden der Herzog Paul Friedrich ein sehr bevorzugtes Unterhaltungsthema. Man wollte wissen, daß er auf Betreiben der eifrig katholischen Familie seiner Gemahlin bereits heimlich zu deren Glauben übergetreten sei, daß der Großherzog noch in der letzten Nacht vor seinem Hinscheiden sorgfältig Fürsorge getroffen habe, um von seinem Lande die Eventualität eines katholischen Thronfolgers fern zu halten. — Geraume Zeit später wurde dann einmal die Hinneigung Paul Friedrich's zur katholischen Religion durch eine hochoffiziöse Note bestimmt in Abrede gestellt. Allein, wie es ja den offiziösen Dementis häufiger gehen soll, man glaubte auch diesem nicht. Und wie ja nun die bedingte Verzichterklärung des Herzogs gezeigt hat, mit Recht, da eben für seine oder seiner Deszendenten eventuelle Thronfolgeberechtigung der vorherige „Uebertritt" zur protestantischen Religion Bedingung sein soll. Der Glaubenswechsel des Herzogs steht also, wenn nicht bereits erfolgt, jedenfalls bevor. Das eventuelle Thronfolgerecht dieses Stammes ist nun freilich durch die bedingte Verzichterklärung in eine recht weite Ferne gerückt, da ihm außer dem Sohne des jetzt regierenden Großherzogs noch vier Brüder desselben, bis zu dem erst achtjährigen Herzog Heinrich hinab, mit ihren etwaigen Deszendenten vorgehen würden. Bei der sehr bedauerlichen Kränklichkeit des jetzigen (zur Zeit in Palermo weilenden) Großherzogs und dem noch zarten Kindesalter seines Sohnes, werden da unsere auf die Zukunft gerichteten Blicke auf den jetzt 27jährigen Herzog Johann Albrecht gelenkt, der in einer unlängst theilweise veröffentlichten eigenen Schilderung seiner Reise um die Welt erfreuliche Begabung und Tüchtigkeit offenbarte.

Uebrigens haben glücklicherweise die Aerzte bei vorsichtiger Lebensweise eine völlige Wiedergenesung des jetzigen Großherzogs für eine nicht mehr ferne Zeit in Aussicht gestellt, wie denn auch halbamtlich bereits die erfreulichste Besserung seines Gesundheitszustandes gemeldet wird. Fehlt es nicht an Leuten, die das besser wissen wollen, so dürfte freilich die jetzt erfolgte Verzichtleistung des Herzogs Paul Friedrich und deren Bekanntmachung geeignet sein, dieser minder günstigen Auffassung der Sachlage gewissen Vorschub zu leisten.

— In der „Deutschen Verkehrs-Ztg." wird im Interesse der Post- und Telegraphen-Beamten lebhafter Widerspruch gegen die Zusammenkoppelung der beiden Gesetzentwürfe über die Pensionirung einerseits der Reichsbeamten, andererseits der Offiziere erhoben; es heißt dort:

„Es ist doch für die Reichsbeamten, von denen fast $^3/_4$ der Post- und Telegraphen-Verwaltung angehören, schmerzlich, zu sehen, daß sie auf die Beseitigung von Mängeln in den Pensionirungs-Bestimmungen, welche allerseits anerkannt sind und für Preußen im Wege der Gesetzgebung längst Abhülfe gefunden haben, vergeblich warten müssen aus dem Grunde, weil die Pensions-Verhältnisse der Offiziere sich nicht gleichzeitig in derselben Weise regeln lassen. Die Rechtsverhältnisse der Offiziere und deren gesammte Stellung sind seither unabhängig von denjenigen der Zivilbeamten geregelt worden; warum kann das nicht auch bezüglich der Pensionsverhältnisse geschehen? Die Reichsbeamten und speziell die Post- und Telegraphen-Beamten sind zum größten Theil früher preußische Beamte gewesen, und haben ohne ihr Zuthun die Eigenschaft von Reichsbeamten erhalten; man wird bei dieser Sachlage die Auffassung derjenigen unter ihnen gewiß begreiflich finden, welche erwarten, in ihrer äußeren Lage nicht schlechter gestellt zu werden, als ihre Kollegen in Preußen.

— Der seitherige Vertreter der Vereinigten Staaten dahier, Herr Sargent, ist bekanntlich zum Gesandten in Petersburg ernannt worden. Wie die „N.-Z." vernimmt, hat Herr Sargent auf den ihm übertragenen Petersburger Posten alsbald wieder resignirt. Derselbe tritt aus dem diplomatischen Dienste zurück. Wie es scheint, bildet die Ernennung nach St. Petersburg und die Resignation auf diesen Posten die im Voraus festgestellte Form, unter welcher Herr Sargent seine Stellung dahier aufgiebt. In der von dem Staatssekretär Herrn Frelinghuysen an Herrn

Sargent bezüglich seiner Ernennung nach Petersburg gerichteten Depesche hieß es, daß diese Ernennung eine Anerkennung seines Werthes ausdrücken solle, und ihm eine Ehre anthue, auf welche er Ursache habe, stolz zu sein.

— Wie „C. T. T." aus Danzig meldet, wurden in dem westpreußischen Provinzial-Landtage heute der Abg. Dr. Wehr zum Landesdirektor für die Dauer von 12 Jahren und der Oberbürgermeister von Winter zum Vorsitzenden des Provinzial-Ausschusses auf die Dauer von 6 Jahren einstimmig wiedergewählt.

— Aus Petersburg geht der „Bresl. Ztg." folgende Nachricht zu: „Privat-Mittheilungen aus Kiew melden von schrecklichen Juden-Krawallen, welche daselbst ausgebrochen sind. Die Truppen gaben Feuer auf die wüthende Menge, die sich jedoch nicht abschrecken ließ, sondern sich auf die Soldaten stürzte und dieselben zum vorläufigen Rückzug zwang. In Charkow erwartet man binnen Kurzem eine allgemeine Erhebung gegen die Juden, überall im Süden Rußlands herrscht bedenkliche Gährung."

— Gestern rückten die Engländer gegen das Lager Osman Digma's hinter Tamanieb an; die Sudanesen warteten aber diesmal den eigentlichen Angriff garnicht ab, sondern zerstreuten sich alsbald bei Eröffnung des Feuers, um in die Berge zu fliehen. Admiral Hewett hat nun zum so und so vielten Male nach London telegraphirt, daß er den Feldzug für beendigt halte. Die neueste Nachricht lautet:

Kairo, 27. März. Die englischen Truppen sollen morgen nach Suakin zurückkehren und werden voraussichtlich dann Vorbereitungen treffen, um sich unverzüglich einzuschiffen. Bei Osman Digma dürften sich, wie aus Suakin gemeldet wird, nur noch wenige Mann befinden; wohin derselbe geflohen, ist nicht bekannt.

Der Schluß dieser Depesche läßt die von Admiral Hewett geäußerte Meldung etwas übereilt erscheinen. Räumen die englischen Truppen Suakin, so dürfte, auch falls eine kleine englische Besatzung in der Stadt bleibt, Osman Digma sich wieder in's offene Land herauswagen und aufs Neue Zulauf erhalten.

Ausland.

Paris, 27. März. Die Ablehnung der Dringlichkeits-Erklärung für den in der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer gestellten Antrag des Abgeordneten Barodet auf Revision der Verfassung ist ein Erfolg für den Konseilpräsidenten Jules Ferry, zumal derselbe ablehnte, irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen, ob das für den Monat Mai in Aussicht gestellte Regierungsprojekt bezüglich der Verfassungsrevision im Senate oder in der Kammer zuerst eingebracht werden soll.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. März. Der einzige Gegenstand der Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstag, welcher eine längere Debatte hervorrief, war, wie schon mitgetheilt, die Magistrats-Vorlage, betr. den Neubau und die Einrichtung von Volksschulen. Ueber dieselbe referirte Herr Dr. Eckert: Es könne Niemandem zweifelhaft sein, daß der Neubau von Schulhäusern jetzt dringendes Bedürfniß sei, nachdem seit Jahren keine neuen Schulen gebaut sind und mehrere alte Schulhäuser zu Schulzwecken durchaus ungeeignet sind. Der Magistrat ist deshalb der Sache näher getreten und es hat sich herausgestellt, daß für den Neubau einer Ministerialschule sofort zu sorgen sei, daß ferner die Barnimschule gleichfalls so mangelhafte Schullokalitäten besitze, daß auf eine Aenderung Bedacht genommen werden müsse und da die Volksschulen im Innern der Stadt sämmtlich überfüllt sind, müsse man in nächster Zeit, spätestens in 3 Jahren, an den Neubau einer Volksschule denken. Bei Berathung der Sache kam auch zur Sprache, daß das Stadtgymnasium seinem Zweck nicht mehr ganz entspreche, da es nicht die genügenden Klassenzimmer und nicht genügenden Hofraum biete. Jetzt unterrichtet das Stadtgymnasium seine Schüler in 3 getrennten Räumen. In dem Hauptgebäude grüne Schanze 8 befinden sich 14 Klassen, Rosengarten Nr. 15 u. 16 1 Klasse, in der Elisabethstraße 11, Ecke der Schulstraße, in der ehemaligen Gewerbeschule, gegenwärtig 5 Klassen; im Schuljahr 1884—85: 6 Klassen. Dieser Zustand erscheint unhaltbar; es müssen 21 Klassen in drei räumlich getrennten Gebäuden von einem Direktor beaufsichtigt werden und dies sei für die Dauer nicht möglich. Um in jeder Weise Abhülfe zu schaffen, hat der Magistrat mehrere Projekte ausgearbeitet, von denen das folgende bei den Berathungen der Finanzkommission berücksichtigt ist: „Es wird ein neues Stadtgymnasium gebaut, das Waisenhaus angekauft, die Bildergallerie in demselben zunächst belassen, später aber, sobald eine zweite neue Volksschule nothwendig wird, in die durch Verlegung der Vorschule in das neugebaute Stadtgymnasium freigewordene alte Gewerbeschule verlegt, die Otto-Barnimschule geht in das alte Stadtgymnasium, die Ministerialschule in die Ottoschule, die erste neue Volksschule in das Waisenhaus, parterre und erstes Stockwerk über. Sobald das Bedürfniß es erheischt — in etwa 6 Jahren — wird die zweite neue Volksschule gleichfalls in das Waisenhaus verlegt, so daß dasselbe denn zwei zwölfklassige Volksschulen enthält." Wie der Referent hervorhebt, hat die Finanzkommission bei ihren Verhandlungen betont, daß in erster Linie Sparsamkeits-Rücksichten nicht ausschlaggebend sein könnten. Die F.-K. habe in alle den Räumen, welche durch das Projekt des Magistrats berührt würden, eine Lokal-Inspektion vorgenommen und sei zu folgendem Resultat gekommen. Für das Stadtgymnasium müsse etwas gethan werden. Die Lichtverhältnisse seien ungenügend und für die Vorschule seien die Räume zu beschränkt; seit Anbringung der Marquisen seien die Lichtverhältnisse in den nach der Südseite belegenen Klassen zwar gebessert, aber es ließen in dieser Hinsicht die nach dem Hofe belegenen Klassen immer noch viel zu wünschen übrig. Aus diesem Grunde seien die Lokalitäten auch zur Aufnahme für die kombinirte Otto-Barnim-Schule nicht geeignet, dieselbe würde 18 Klassen zählen und müßten Zimmer benützt werden, in denen die Lichtverhältnisse nicht entsprechend. — Das Waisenhaus sei zwar als Schulhaus geeignet, aber nicht zur Aufnahme von zwei vollen Volksschulen, diese würden 1200 Schüler haben und dafür sei aber der Hofraum zu klein. Dagegen sei das Gebäude zur Aufnahme der kombinirten Otto-Barnim-Schule wie geschaffen. — Wenn man denn der Frage näher trete, was mit dem alten Stadtgymnasium geschehen solle, so könne man sagen, man legt eine Volksschule hinein — dann würden aber große Räume, wie die Aula und der Zeichensaal unbenützt bleiben und deshalb sei in der Finanzkommission der Gedanke aufgetaucht, die höhere Mädchenschule mit in die Kombination zu ziehen und diese in das alte Stadtgymnasium zu verlegen. Es seien wiederholt Beschwerden über die räumlichen Verhältnisse eingegangen und diese allseitig als berechtigt befunden; diese würden sich noch steigern, nachdem jetzt die Elisabethschule mit 140 Schülern eingeht. Bei der Verlegung nach dem Stadtgymnasium würde die höhere Mädchenschule viel gewinnen, es könnten 12 helle Klassen geschaffen werden; eine ausreichende schöne Aula wäre vorhanden und es ließe sich auch mit leichter Mühe in den Räumen unter der Aula ein Turnsaal herstellen und der Hofraum wäre für 400 Schülerinnen vollständig genügend. — Die Einwendungen, welche gegen die Unterbringung der höheren Mädchenschule im Stadt-Gymnasium gemacht werden könnten, seien nicht stichhaltig und nicht so erheblich, um das Projekt umzustoßen. — Den vom Magistrat in Aussicht genommenen Bauplatz für das Stadtgymnasium an der Falkenwalderstraße hält die Finanzkommission nicht für geeignet, da derselbe zu weit vom Innern der Stadt entfernt liege. Der Referent empfiehlt schließlich folgende schon gestern mitgetheilten Anträge der Finanzkommission zur Annahme:

Die Anträge des Magistrats werden abgelehnt; im Prinzip wird der Neubau eines Stadtgymnasiums empfohlen, doch scheint der in Aussicht genommene Bauplatz an der alten Falkenwalderstraße nicht geeignet, daher wird der Magistrat um Vorschläge in Betreff eines besseren und dem Zentrum der Stadt näher gelegenen Bauplatzes ersucht.

Dem Magistrat wird im Uebrigen in Erwägung gegeben:

1) ob das Stadtgymnasium sich nicht für die Aufnahme der höheren Töchterschule eignet;
2) ob das für Schulzwecke anzukaufende Waisenhaus nicht besser für die Aufnahme der kombinirten Otto Barnim-Schule passend ist;
3) ob die jetzige höhere Töchterschule nicht zu einer Volksschule zu verwenden ist;
4) die Ministerialschule mit den abgezweigten Klassen im Hause Rosengarten 19 würde bei Annahme dieser Vorschläge den Magistratsanträgen entsprechend in die Ottoschule verlegt werden.

Herr Schulrath Dr. Krosta bittet zunächst noch keinen endgültigen Beschluß zu fassen und die Magistratsanträge schon jetzt abzulehnen, sondern bittet die Pläne der Finanzkommission dem Magistrat zu überweisen, damit dieser dieselben prüfen und dazu Stellung nehmen könne. Das von der Finanzkommission entworfene Projekt sei kein Novum mehr, dasselbe ist schon früher aufgetaucht und nur mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse und die Finanzlage der Stadt fallen gelassen. Dasselbe erfordere im Vergleich zu dem vom Magistrat vorgeschlagenen Projekt eine Mehrausgabe von 200,000 Mark und es müsse überlegt werden, ob für eine Verbesserung, welche nur der inneren Stadt zu Gute kommt, diese hohe Mehrausgabe gemacht werden solle. Die Anmeldungen für das Sommer-Semester lassen bereits erkennen, daß die Schülerzahl in den Vorstädten im steten Steigen und daß in den nächsten 2—3 Jahren diese Steigerung immer weiter schreiten werde, es müßte also dann auch dort Abhülfe geschaffen werden. Voraussichtlich werde auch schon in den nächsten 6, wahrscheinlich schon in den nächsten 3 Jahren eine neue Volksschule für die Lastadie geschaffen werden müssen und man werde dann genöthigt sein, nur für Schulbauten 820,000 Mark auszugeben. Was der Herr Referent über das Stadtgymnasium gesagt, sei wohl sehr pro domo gesprochen; erst sei das Gebäude zu schlecht für eine Schule und die Lichtverhältnisse nicht ausreichend und dann werde es wieder als ausgezeichnet geeignet zur Aufnahme für die Mädchenschule bezeichnet. Redner bittet die Vorlage an den Magistrat zurückzugeben.

Der Referent verwahrt sich dagegen, daß er nur pro domo gesprochen; er habe nur ausdrücklich betont, daß die Lichtverhältnisse seit Anbringung der Marquisen genügend seien.

Die Herren Dr. Wolff und Graßmann halten es gleichfalls für unzweckmäßig, wenn schon jetzt der Antrag des Magistrats abgelehnt würde. Die Projekte lägen heute sämmtlich noch so unklar und seien Kostenanschläge noch nicht im geringsten angedeutet, so daß wohl Niemand einen bestimmten Entschluß fassen kann, welchem Projekte er den Vorzug geben kann. Verkennen lasse sich allerdings nicht, daß das Projekt der Finanz-Kommission wesentliche Vortheile aufweise. Herr Graßmann hält die vom Herrn Schulrath ausgerechneten 200,000 Mk. Mehrkosten bei Annahme des Projektes der Finanz-Kommission für zu hoch gegriffen und glaubt, daß sich dasselbe ganz gut mit 120,000 Mk. Mehrkosten ausführen lasse. Zu wünschen sei nur, daß bei einem Neubau alle unnöthigen Ausgaben vermieden würden.

Von den Herren Wendlandt und Haker wird der Antrag gestellt, die Beschlußfassung auszusetzen und die Anträge der Finanz-Kommission dem Magistrat zur Erwägung zu übergeben.

Nachdem noch die Herren Schulrath Dr. Krosta und Dr. Amelung das Wort ergriffen, wird dieser Antrag auch mit großer Majorität angenommen.

— Landgericht. — Strafkammer 3. — Sitzung vom 28. März. — Im Herbst 1879 war Frau H. in Geldverlegenheit, weil eine Handlung, von welcher sie Waaren bezogen hatte, im Konkurs war und der Verwalter umgehend Zahlung verlangte. Ihrem Ehemann, einem hiesigen Beamten, wollte Frau H. hiervon nichts wissen lassen und sie fand auch in dem Arbeiter Karl Zimmermann einen Helfer, welcher ihr zunächst 70 Mark und Weihnachten 1879 nochmals 40 Mark vorstreckte. Frau H. versprach, die ganze Summe Anfang 1880 zurückzustellen und wurde in Folge dessen auch nichts über Zinsen vereinbart. Im Januar war es ihr nicht möglich, das Geld zu zahlen, sie übergab dem Z. vielmehr nur 20 Mark, von denen 10 Mark als Abzahlung auf die Schuld und 10 Mark als Zinsen gerechnet werden sollten. Die restirenden 100 Mark wurden auf ein Vierteljahr prolongirt. Auch nach einem Vierteljahr war es Frau H. nicht möglich, das Geld zurückzustellen und erfolgte abermals gegen Zahlung von 10 Mark Prolongation. So ging die Sache von Vierteljahr zu Vierteljahr weiter und als Frau H. im Frühjahr 1881 nochmals 100 Mark von Z. erhielt, mußte sie fortan 20 Mark Zinsen pro Vierteljahr entrichten und zwar nahm die Frau des Z., Frau Mathilde Zimmermann, stets die Zinsen in Empfang. Letztere verschaffte sich auch auf andere Weise Vortheil, indem sie Milchlieferantin der H. wurde und von dieser auch wiederholt Geschenke annahm. Im vorigen Jahre machte endlich Frau H. ihrem Manne von ihrer Schuld Mittheilung, dieser sorgte umgehend für Regulirung und als er von den hohen Zinsen erfuhr, welche seine Frau bisher entrichtet hatte, erstattete er auch bei der königl. Staatsanwaltschaft Anzeige. Die Folge davon war, daß gegen die Zimmermann'schen Eheleute Anklage wegen Wuchers erhoben wurde. Durch die heutige Beweisaufnahme hielt der Gerichtshof auch für erwiesen, daß beide Eheleute die Nothlage der Frau H. ausgebeutet haben, denn die Zinsen, welche sie in Höhe von 38 bis 40 pCt. genommen, stehen in auffälligem Mißverhältniß zu den Leistungen, welche sie der H. gegenüber eingegangen. Obwohl bei Eingang des Geschäfts das Wuchergesetz noch nicht bestanden habe, seien die hohen Zinsen doch noch lange forterhoben worden, nachdem dies Gesetz in Kraft getreten. Der Gerichtshof erkannte gegen die Angeklagten auf je 1 Monat Gefängniß und 100 Mark Geldstrafe, event. noch 20 Tage Gefängniß.

Am 26. Januar d. J. bemerkten zwei Knaben in der Falkenwalderstraße einige Männer, welche in verdächtiger Weise Weinflaschen trugen, sie vermutheten, daß diese Flaschen aus einem Diebstahl aus der Kellerei des Kaufmanns Hellberg herrührten und machten Herrn H. Mittheilung. Als dieser nicht sofort zur Verfolgung der Diebe schritt, traten sie selbst auf einen der Männer zu und drohten, daß ein Schutzmann komme; sofort ließ dieser die Flaschen, welche mit Rheinwein gefüllt waren, fallen und ging davon. Die Knaben trugen nun zunächst die unversehrt gebliebenen Flaschen zu Herrn H. und machten sich dann auf die Verfolgung des einen Diebes, welchen sie auch ermittelten und mit Hülfe eines Schutzmanns nach dem Polizeibureau brachten. Dort wurde seine Person als die des Arbeiters Fr. W. Schröder festgestellt und zugleich ermittelt, daß der Wein thatsächlich aus der Kellerei des Herrn H. mittelst Einbruchs gestohlen war. Schröder war deshalb heute wegen Diebstahls angeklagt und wurde zu 6 Monaten Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust verurtheilt.

— Am Donnerstag Abend fand die General-Versammlung des Neustädtischen Armen-Pflege-Vereins statt, in welcher der Rechenschaftsbericht vorgelegt und Decharge ertheilt wurde. Obwohl der Verein erst im ersten Jahre seines Bestehens und er seine eigentliche Thätigkeit erst im Herbst v. J. begonnen, hat er doch schon recht erfreuliche Resultate geliefert. Es wurden 228 Familien unterstützt und zwar mit 526 Broden, 336 Materialwaaren-Portionen und 16 Krankensuppen-Portionen; außerdem wurden zu Weihnachten 43 Familien mit Torf bedacht. Die Mitgliederzahl stieg auf 242, denselben wird in nächster Zeit ein ausführlicher Rechenschafts-Bericht überreicht werden und zugleich wird der Vereinsbote die Beiträge für das kommende Jahr in Empfang nehmen. Der Verein hat es sich bekanntlich zum Zweck gestellt, arme im neustädtischen Bezirk wohnhafte Familien zu unterstützen und wäre es aus diesem Grunde zu wünschen, daß sich recht viele Bewohner der Neustadt dem Verein anschlössen und so die Bestrebungen desselben unterstützten. Da der Zentral-Armen-Pflege-Verein fast ausschließlich sein Augenmerk auf die Beseitigung der Vagabondage richten muß, beschäftigen sich die Bezirks-Armen-Vereine speziell mit der inneren Armen-Pflege, und manche Thräne, welche verschämte Arme vergießen, wird durch das Wirken dieser Vereine getrocknet.

— Zu den alljährlichen Gästen aus der erlesenen Künstlerschaar, die unsere Stadt besuchen, gehört der erblindete Pianist Max Wegener. Seine Konzerte hatten sich hier stets des regsten Besuchs zu erfreuen. Herr Wegener verfügt über eine eminente Technik und entwickelt sich in seiner Kunst von Jahr zu Jahr. Es ist wohl anzunehmen, daß sein am Donnerstag, 3. April, im großen Börsensaale stattfindendes Konzert, an dem sich noch die Konzertsängerin Frau Agnes Flügel aus Berlin, sowie die heimischen Tonkünstler, der Violinist Herr Georg Fabian und der Pianist Herr Johannes Fabian betheiligen werden, auf guten Besuch zu rechnen haben wird. Wir wünschen es wenigstens aus vollem Herzen.

— Auf Einladung des „Brüder-Vereins" hielt gestern Abend im großen Börsensaale der berühmte Recitator Prof. Alexander Strakosch aus Wien vor überaus zahlreicher Zuhörerschaft Vorlesungen aus Schiller's „Demetrius" und Shakespeare's „König Lear", denen am Schluß noch eine Zugabe des Heine'schen Gedichtes „Die Wallfahrt nach Kevelaer" folgte. Der berühmte, vielleicht bedeutendste Vortragsmeister erntete wie in anderen Städten auch hier mit seiner bewunderswerthesten Kunst die großartigsten Erfolge. Der „Brüder-Verein", der unzweifelhaft zu den nach jeder Richtung hin vielseitigsten und wohlthätigsten Vereinen zählt, hat sich durch das Engagement des Herrn Prof. Strakosch ein besonderes Verdienst erworben und seine Mitglieder, wie die Gäste des Abends zu großem Danke verpflichtet. Es ist zu bedauern, daß der geniale Künstler nicht einige öffentliche Vorlesungen in unserer Stadt zu halten gedenkt.

— Morgen findet im „Stadt-Theater" die letzte Sonntags-Aufführung des allgemein so beifällig aufgenommenen Lustspiels: „Der Probepfeil" statt, und wird besagtes Stück überhaupt nur noch wenige Male gegeben werden können, da in der nur noch bis zum 15. April währenden Wintersaison noch verschiedene Gastspiele abzuwickeln sind, auch noch mehrere Novitäten vertragsmäßig gegeben werden müssen. Zunächst beginnt die königlich preußische Kammersängerin Fräulein Marianne Brandt bereits am Montag ein kurzes Gastspiel mit der „Fides" im „Propheten" von Meyerbeer und werden Bestellungen auf Plätze bereits heute an der Theaterkasse entgegengenommen. — Im „Bellevue-Theater" gelangt morgen die reizende, neulich mit so großem Beifall aufgenommene Oper: „Die lustigen Weiber von Windsor" zur Aufführung.

— Die Verbreitung der Stolze'schen Stenographie hat auch im vergangenen Jahre wiederum in einem sehr beträchtlichen Maße zugenommen, wie eine in dem letzten Heft des „Archiv für Stenographie" aufgestellte Statistik über die Vereine und Verbände der Stolze'schen Schule zeigt; es sind im letzten Jahre zu dem früheren Bestande 51 Vereine mit zusammen 972 Mitgliedern hinzugekommen. Es bestehen gegenwärtig in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien 36 Vereine mit 592 Mitgliedern, in der Provinz Brandenburg 35 Vereine mit 1122, in der Provinz Sachsen, dem Königreich Sachsen, Anhalt und den thüringischen Staaten 44 Vereine mit 774, in Westfalen und der Rheinprovinz 74 Vereine mit 1141, in der Schweiz 65 Vereinigungen mit 1045 Mitgliedern u. s. w. Im Ganzen 340 Vereine mit 6347 Mitgliedern. Von den meisten Vereinen werden regelmäßig Unterrichtskurse eingerichtet. Die Vertretung der Interessen der Stolze'schen Stenographie nach außen hin liegt dem „Verband Stolze'scher Stenographenvereine" ob, welcher seinen Sitz in Berlin hat und gegenwärtig in Deutschland, der Schweiz und Amerika 2967 Mitglieder zählt; Vorsitzender des Verbandes ist Herr Dr. A. Dreinhöfer, Gymnasiallehrer, Berlin W. 62.

— Der Postdampfer „Baltimore," Kapt. A. Hagemann, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 5. März von Bremen abgegangen war, ist am 27. März wohlbehalten in Baltimore angekommen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Ein Pensionskind." Lustspiel in 4 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— (Antispiritistisches.) Mr. Cumberland gab am 24. d. M. in Wien seine Abschiedsvorstellung und in dieser trat er der Behauptung der Wiener Spiritisten, daß er ein Medium sei und die Geister nur verleugne, durch weitere Enthüllungen entgegen. Cumberland sagte, er wolle einmal an den Experimenten des Mediums Miß Fay zeigen, wie „geistlos" alle diese Dinge gemacht werden: nicht Jeder habe die physische Gabe, gebunden, wie er jetzt sei, — die Fesselung war in gebräuchlicher Weise sehr gewissenhaft vorgenommen worden — noch immer „arbeiten" zu können, Miß Fay könne es aber, und er könne es auch. Das Ganze beruhe auf einer außerordentlichen Dehnbarkeit der Armmuskeln vom Schultergelenk an, und Mr. Cumberland ging sofort daran, das unter allgemeiner Spannung zu zeigen . . . Die Ausführung unter den Augen des Publikums rief stürmischen Beifall hervor.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 28. März. Die gestrigen Verhandlungen der Konferenz zur Regelung des Arlbergbahn-Verkehrs haben, wie die „Frankf. Ztg." meldet, auch in der Abendsitzung nur bezüglich einiger untergeordneter Punkte zu einer Verständigung zwischen den Vertretern der baierisch-würtembergischen Route und derjenigen der Arlberg-Route geführt. Man beschränkte sich darauf, die hauptsächlichen Differenzen zu konstatiren und beraumte eine neue Konferenz auf den 1. Mai in Wien an.

Frankfurt a. M., 28. März. Der „Frankf. Ztg." wird aus London gemeldet: Nach einem Kabeltelegramm des „Standard" ist der Weizen gestern in Chicago um weitere 3 Cts. per Bushel gefallen, so daß der Rückgang während der letzten 14 Tage 10 Cts. beträgt. An der Börse von Chicago wurden gestern innerhalb einer Stunde 6000 Bushels umgesetzt. Auch die Frachten sind sehr niedrig. Die ganze Lage des Getreidemarktes in den Vereinigten Staaten zeugte von der unter den Interessenten verbreiteten Wahrnehmung von der Bedeutung Indiens als eines Getreide produzirenden Landes und dessen Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten.